



Arguliner Gesundheit

Libérale Gesundheits- und Sozialpolitik im 21. Jahrhundert

Getrieben vom demographischen Wandel und von steigenden Kosten stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung vor dem finanziellen Bankrott. Ein Umdenken in der Politik, hin zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung ist notwendig. Die Jungen Liberalen setzen sich für zukunftsfähige soziale Sicherungssysteme ein, die in der Lage sind, die materielle Freiheit und Gesundheit aller Bürger langfristig zu sichern. Denn die Grundsicherung aller Bürger ist unabdingbare Aufgabe des Staates.

Reform der Krankenversicherung

Die Jungen Liberalen fordern eine Reform der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens. Das bisherige System der umlagefinanzierten Versicherung muss von einem System mit Selbstvorsorge, wie schon heute bei privaten Krankenversicherungen, abgelöst werden. Jeder kann dann im freien Wettbewerb, der zwischen den Versicherungen herrscht, den für ihn günstigsten Anbieter aussuchen und sich bei ihm versichern. Für die Versicherungen besteht Kontrahierungszwang (jeder muss unabhängig von seiner Person und seinen gesundheitlichen Risiken aufgenommen werden). Im Grundpaket sind alle Leistungen abgedeckt, um die notwendigen medizinischen Behandlungen durchführen zu können. Zusätzliche Behandlungen und noch bessere Versorgung (Chefarztbehandlung, Einzelzimmer usw.) können individuell mit den Versicherungen ausgehandelt werden. Auch hierbei stehen die Versicherungen im Wettbewerb.

Warum bedarf es Veränderungen am bisherigen System?

Durch die demographische Entwicklung, Fehler im System und den medizinischen Fortschritt sind die Kosten im und für das Gesundheitswesen in den letzten Jahren extrem gestiegen. Da die Krankenversicherung als Teil der Lohnnebenkosten direkt die Arbeit verteuert, kostet eine Steigerung der Beiträge immer Arbeitsplätze. Eine Senkung der Beiträge wird Arbeitsplätze schaffen. Das bisherige System würde langfristig finanziell kollabieren.

Durch die Privatisierung der Krankenversicherung wird der bisherige bürokratische Aufbau der Versicherungen hin zum Wettbewerb verändert. Er sorgt außerdem für sinkende Beiträge, da jede Versicherung ernsthaft versuchen wird, möglichst viele Versicherte zu werben. Der bisher hemmende Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen fällt weg. Die Versicherten haben neben den sinkenden Beiträgen auch einen besseren Service zu erwarten.

Die Beitragbemessungsgrenze (Höhe des Bruttolohns ab dem man sich privat versichern darf) fällt weg. Jeder ist im gleichen System versichert, was die bestehende Zwei-Klassen-Medizin abschleifen wird. Die bisherigen Ansprüche, die Arbeitnehmer haben, die in das jetzige System eingezahlt haben, werden beibehalten und durch Steuern finanziert.

Die Union äußert sich nicht klar, welches Modell sie nach der Wahl will. Weiter mit der Kopfpauschale, bei der jeder den gleichen Beitrag zahlt oder aber weiter wie bisher.

Das Modell Bürgerversicherung von SPD, Grünen und Linken erweitert die Betragsgrundlage im bisherigen System, indem auch die Einkünfte aus Zinsen, Kapitalerträge und Mieten mitberücksichtigt werden sollen. Die privaten Krankenversicherungen sollen abgeschafft werden und eine Einheitskasse gebildet werden, in der alle Bürger versichert sein müssen. Auch dieses Konzept trägt den veränderten demographischen Bedingungen nicht Rechnung. Denn durch die Erhöhung der Einnahmen steigen auch die Ansprüche der Einzahler. Daher kann die Bürgerversicherung nur kurzfristig die Probleme lösen und wird langfristig zu einem schlimmen Bumerang. Außerdem muss man auf die „Freiheitsberaubung“ hinweisen, wenn jeder zwangsweise in der Versicherung aufgenommen werden muss und keiner einen anderen Weg wählen kann. Durch den fehlenden Wettbewerb werden hier keine Kosten gesenkt.

Reform der Pflegeversicherung

Ähnlich wie auch bei der Krankenversicherung fordern die JuLis die Privatisierung der Pflegeversicherung. Dadurch kann auch die dringend erforderliche Verbesserung der Pflegesituation gemeistert werden.

Jeder Bürger kann sich bei einem privaten Versicherungsanbieter gegen die Risiken des Alters versichern.

Die Pflegeversicherung ist, obwohl die jüngste der Sozialversicherungen, auch in finanziellen Problemen. Denn ähnlich wie bei der Kranken- und Rentenversicherung macht die Alterung der Gesellschaft Probleme. Der bisher stabile Beitrag müsste in den kommenden Jahren angehoben werden, um die jetzt aufklaffenden Lücken zu decken, was den Faktor Arbeit wieder verteuern würde. Die Rücklagen, die die Pflegeversicherung in den ersten Jahren aufgebaut hatte, werden in 1-2 Jahren aufgebraucht sein. Dann wäre eine Beitragserhöhung im bisherigen System notwendig. Da es die Pflegeversicherung erst seit 1996 gibt, haben die Versicherten noch nicht so hohe Ansprüche erworben. Daher ist eine Umstellung in diesem Bereich wesentlich einfacher als in den anderen Sozialversicherungssystemen.

CDU/CSU und SPD haben kein Konzept zur Änderung der Pflegeversicherung und haben in der vergangenen Legislaturperiode notwendige Reformen auf Grund von Streitereien zwischen den beiden Fraktionen verschoben. Jedoch muss auch eingestanden werden, dass die FDP sich bei der Einführung der Pflegeversicherung von der Union hat ausnehmen lassen und bei dieser schlecht konzipierten Versicherung mitgemacht hat, was einer der größten Fehler in der Regierung Kohl war.

Legalisierung weicher Drogen

Die Jungen Liberalen fordern die Freigabe von weichen Drogen und deren kontrollierter Verkauf an Erwachsene.

Verschiedene Expertisen zeigen, dass der Konsum von weichen Drogen nicht gefährlicher als der von Zigaretten oder Alkohol ist. Ein Verbot von weichen Drogen müsste daher auch ein Verbot von Alkohol und anderen Tabakwaren nach sich ziehen.

Der geregelte Verkauf von Cannabis würde die Beschaffungskriminalität senken und die Betroffenen aus der Illegalität bringen.

Aus liberaler Sicht ist es die eigenverantwortliche Entscheidung des Einzelnen, ob und welche Art von weichen Drogen er konsumieren möchte, solange er andere dabei nicht in Gefahr bringt. Dies muss für Cannabis ebenso gelten wie für Alkohol und Zigaretten. Der Staat darf nicht das Recht haben, bestimmte Dinge zu verbieten, deren Schaden nicht größer ist als der von erlaubten Dingen. Weiche Drogen können nach Ansicht von führenden Suchtforschern auch nicht als Einstieg zu harten Drogen gesehen werden. Ihr Suchtpotenzial ist auch hier gleich anzusiedeln wie das von Alkohol und Nikotin. Die Position aller im Bundestag vertretenen Parteien ist aber die, dass alle „illegalen Drogen“ diesen Status auch beibehalten sollen.

DNS-Testverfahren

Die Jungen Liberalen fordern das Verbot jeglicher DNS-Testverfahren, die nicht per Gerichtsbeschluss oder mit Zustimmung aller Betroffenen durchgeführt werden. Die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, um auf legalem Weg eine Vaterschaft überprüfen zu lassen, müssen erleichtert werden.

Die momentane Situation im Bereich der Vaterschaftstests ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Es muss hierbei zwischen zwei Grundrechten abgewogen werden. Zum einen der informationellen Selbstbestimmung des Kindes und weiterer Personen, die nicht von dem anonymen Test wissen und dem Recht zu erfahren, wer Vater, Mutter und Kind sind. Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben aber immer wieder betont, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eines der höchsten Grundrechte ist und daher Vorrang hat. Da bisher noch nicht geklärt ist, was mit dem zum Vaterschaftstest verwendeten Material alles geklärt werden kann, bewegt man sich hier in einem äußerst sensiblen Bereich. In der Vergangenheit wurde immer wieder festgestellt, dass durch den Fortschritt immer wieder neue Details aus dem DNS-Material gewonnen werden können.

Mit der momentanen Regelung, dass einfach Proben anonym an ein Labor geschickt werden können, ist außerdem nicht ausgeschlossen, dass komplett Fremde überprüfen wollen, wer mit wem verwandt ist (z.B. der Nachbar der herausfinden möchte, ob das Kind des Nachbarn auch wirklich von diesem ist). Dies ist momentan nicht auszuschließen. Daher sollen alle anonymen DNS-Tests verboten werden.

ACHTUNG: Hier besteht Dissens sowohl innerhalb der FDP-Landesverbände als auch im Bundesverband. Nur die JuLis haben einen Beschluss hierzu.

Verstärkte Aufklärungskampagnen gegen die immer noch existente HIV-Gefahr

Die Jungen Liberalen fordern verstärkte Maßnahmen zur Aufklärung über die Gefahren des HIV-Virus. Die Infektionsrate steigt nach den Erfolgen in den 90er Jahren wieder stark an, was auch an immens steigenden Zahlen in Osteuropa liegt. AIDS ist immer noch eine Krankheit, die jeden treffen kann und nicht nur einzelne Gruppen. Daher braucht es stärkere Aufklärungskampagnen, wie in den 80er und 90er Jahren, sowie medizinischer Hilfe für Regionen, in den das Virus besonders stark verbreitet ist (Afrika, Südostasien und Osteuropa). Die Pharmaindustrie soll ihre Medikamente, die AIDS zwar nicht heilen, aber mildern können, auch zu humanen Preisen in diese Gebiete abgeben. Zudem soll es eine stärkere internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Ausbreitung von HIV geben.